

General-

Freitag, den 23. Juni.

Minzeiger

für Chemnitz und Umgegend.

(Sächsischer Landes-Anzeiger). — Gegründet 1873 als „Anzeiger“.

Verlag und Rotationsmaschinen-Druck von Alexander Wiede in Chemnitz, Theaterstraße Nr. 3.

Diese verdeckte unparteiische Zeitung erscheint Wochenlang (nur Samstags nicht am Tag) und kostet mit den fünf wöchentlichen Heftblättern:

Kleine Postzeitung,
Sächsische Erzähler,
Gerichts-Zeitung,
Sächsisches Allerlei,
Illustrirtes Unterhaltungsblatt,
Bei den Buchhändlern und bei den Konditoreien monatlich 40 Pfennig.
Postfach: 1. Posttag Nr. 2877.
Redakteur: Dr. Hermann Weiß
Druckerei: Hermann Weiß
Postfach: 1. Posttag Nr. 2877.

Amtliche Anzeigen.

Versteigerung.

Morgen Freitag von Vormittag 9 Uhr ab sollen im Versteigerungszimmer des heiligen Augustinusbüros folgende Handelsstücke, als: Besteck 1000 Stück verschiedener Art, Siegel, Bilder, Regulatoren, 2 Blaukäse, 10 und 2 Bände Luther, 11 Blätter Kästner, 2 Bände franz. Arieg, Bilder versch. Art, 200 verschiedene 1 Spezialiste von Europa, Afrika, Steppen, und Glacialeisenkästen, 16 Kästen, 1 Gold- und 1 Weizenkasten, Herrenkleider, Witw. Lachholz, Hüttende, Täschchen, Kammkästen, halbholzene und baumwollene Säcke, feste Blaukäse, Federbeine, 1 Beutel mit Ware, 1 Elektromotor, 1 Dynamomachine, 1 Drehschrank zum Spinnenscheiben, 1 Leinwandtischbaum, 1 vierzehnfl. Tafelplatte, 1 Bilderrahmen, 1 Bilderrahmen, 1 Bergmannsche Spatzen, Schieß- und Kästenkästen, 1 Tafelplatte, 1 Hochschrank, 1 Weizenkasten, 1 Kästchen-Sägemaschine, Koch- und Weizewanne, Champagner, Rognat, Bernatinschein in Fässern und Blechen, Zigarren u. Gesch. mehr, zur öffentlichen Versteigerung gelangen.

Deutscher Reichstag.

98. Sitzung vom 21. Juni 1899, 1 Uhr.

Am Thile des Bundesrates: Graf v. Posadowitz, v. Bülow, Freiherr v. Thielmann, Freiherr v. Nitschhofen und Kommissare.

Eingegangen ist die Vorlage, betreffend die Vertragung des Reichstages bis zum 14. November, die auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gelegt werden soll. Auf der heutigen Tagesordnung steht die Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Handelsbeziehungen zum Weltischen Reich. Die Kommission (Rechtsreferater Abg. Möller-Duisburg) beantragt, den Entwurf unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lösung, die Genehmigung zu ertheilen.

Am Stelle des verhinderten Abg. Möller erhielt Abg. Speck den Recht und ersucht das Haus, dem Anteil der Kommission Folge zu geben.

Auf eine Frage des Abg. Broemel (frei. Ver.) erklärt Staatssekretär Graf Posadowitz, daß die Vollmacht des Bundesrates nicht nur formell, sondern auch materiell durch die von ihm der ersten Beratung abgegebenen Erklärungen festgelegt sei.

Der Gesetzentwurf wird darauf mit großer Mehrheit angenommen, dasselbe geschieht in der Gesamtabstimmung.

Es folgt die erste und eventuell zweite Beratung des Gesetzentwurfs, die Feststellung eines zweiten Nachtragstaats für das Reich und die Schutzgebiete, mit dem dazu gehörigen Unterhegesch.

Präsident Graf Ballerstrem schlägt vor, die erste und eventuell zweite Beratung der Vereinbarung über die Handelsbeziehungen zwischen dem Reich und Spanien damit zu verbinden.

Das Haus stimmt sich den Vorschlag an.

Staatssekretär v. Bülow: Ich will dem Reichstag keine Aufschlüsse vorwerfen, ich will nur darauf hinweisen, daß die bisherige Werthlosigkeit der Inseln nicht an den Inseln, sondern an der spanischen Verwaltung gelegen hat. Die Inseln sind mit weichvollen Holze bestanden, haben gute Höfe und gute Bläue und werden, da sofort die Plantagenfähigkeit beginnen wird, eine gute Ausfuhr liefern. Wir werden nicht vergessen, daß die eingeborenen Menschen sind und sie nach den Geboten unserer höheren Kultur und der christlichen Religion behandelt. Alle christlichen Missionen werden als gleichberechtigt behandelt werden. Umsonst waren die Inseln nicht zu haben. (Heiterkeit.) Auch unter den besten Freunden pflegt man sich nicht Inseln zu schenken. Wir haben die Inseln nicht zu thun gekauft und uns keine Gegnerschaft zugezogen. Wir wollen die aufsteigende Lebenslinie Japans nicht durchkreuzen, und in der Südsee ist Platz für mehr als ein Volk. Wir hoffen sogar, daß unsere Beziehungen mit Spanien sich so freundlich gestalten werden, wie es dem beiderseitigen Interesse entspricht. Für Spanien waren diese Inseln nur die Brücke eines geschaffenen Gebäudes, für uns sind sie die Strebepfeiler eines neuen, und so Gott will, städtischen Gebäudes. (Beifall.)

Abg. Dr. Vieber (Geist.): Meine Freunde thellen die Hoffnungen, die der Herr Staatssekretär geäußert hat, aber wir wissen auch, daß es dann schwer, anbauender und hingehender Arbeit deutscherseits bedürfen wird, namentlich einer ländlichen und geschichteten Bevölkerung. Ersichtlich ist bei dem Konvention, daß jeder Einwohner befreit werden ist, als hätten wir in'st die befehlte Lage Spaniens zu Blüten gewechselt. In konfessionalem Hinsicht hat der Staatssekretär, wenn ich ihn recht verstanden habe, ausreichend Gewicht gegeben: katholische und evangelische Missionsschwestern deutscher Nationalität sollen volle Freiheit genießen. Wir erwarten, daß nach Analogie der Kongo-Akte, derzufolge in außer-europäischen Gebieten auch Jesuiten Nutzen haben, dies auch in den Kolonien der Fall sein wird.

Unterstaatssekretär Freiherr v. Nitschhofen erwidert, die Verfassung des Vorredners, daß wir in der Tatschlichkeit beeindruckt werden könnten, sei völlig unbegründet.

Abg. Haase-Leipzig (nat.-lib.) stimmt im Namen seiner Partei den Vorlagen zu.

Abg. Graf Ranitz (cam.) erklärt, seine Freunde würden zwar ebenfalls den Vorlage zustimmen, aber der Vorbehalt dabei scheine ihm in jeder Beziehung mehr auf Seiten Spaniens zu liegen, namentlich auch bei den Handelsabkommen und spätestens wegen der erzielteren Zustellung spanischer Verschiffungswine.

Unterstaatssekretär Freiherr v. Nitschhofen weiß demgegenüber darauf hin, wie gerade die Einjährige südländische Verschiffungswine unseres einkauften von Spanien sei.

Abg. Dr. Werner (frei. Verein.): Die Erwerbung der Südsee-Inseln sei das Werk einer Kolonialpolitik, wie sie nicht sein sollte. Der Einfaß sehe in seinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen. Die Erfolge der dort thätigen Gesellschaften seien ganz unklar, eine Schutzeinheit, welche große Verwaltungskosten bedinge, werde nicht ausbleiben. Dass die Einwohner nicht so sehr friedlich seien,

erkenne man aus den blutigen Kämpfen, welche die Spanier daselbst zu bestehen gehabt hätten. Der Allem aber werde diese Erwerbung ein neuer Kreis für die Blutvermehrung. Noch alledem lehnen seine Freunde den geforderten Betrag ab.

Staatssekretär v. Bülow: Der Vorredner hat von den Inseln eine Beschreibung entworfen, bei der mir die Hoare zu Vergleichen stehen würden, wenn ich nicht wähle, daß der Vorredner die Inseln so wenig kennt, wie ich. Und ich meine, ein Quellen eigener Anschauung ist mehr wert, als ein Denkmal von Vorstellungen. Unsere hervorragendsten Seefahrer urtheilen gänzlich anders über die Karolinen und Mariana. Der Redner zieht Gutachten von Knorr, Diederichs und anderen: Man kann nicht einfach daran rechnen, um wie viele Ondekatolosse und Einwohner es sich handle. Die große Vorstellung kann nicht bloß rechnen nach Grundsätzen von Adam Ries. Die Beschriftung in Peking auf Ausstände stelle er nicht. Durch Olmansk habe die Karolinen als Kumpire bezeichnet nur gegenüber der Gefahr eines großen Krieges; an und für sich dagegen seien die Karolinen keine Lumperei, sondern etwas sehr Gutes. 1885 habe durch Bischof dies in einem Immediatbericht ausdrücklich ausgeschlossen. Es bitte habe, bemerkte Redner, die Rede des Abg. Wiener schon vorher in Gestalt der „Reichs-App.“ nach Madrid telegraphiert, wo sie als argumentum a contrario wirkte, und die Annahme der Vorlage durch die Kortes beschämigte. (Große Heiterkeit.) Wenn wir alle, des trüben Haars mitleide, schon unter dem grünen Raen schwimmen werden, werden noch unsere Kinderfinden sich der Karolinen freuen. (Beifall.)

Abg. Graf v. Wenck (Konservat.) spricht dem Staatssekretär seine Anerkennung für den Gewerbe aus. Die Freihäusern hätten einen Sinn für die Bedeutung unseres Kolonialbesitzes, sie hätten kein Ideal.

Abg. Liebknecht (Soz.) kritisiert die gesamte Kolonialpolitik des deutschen Reiches in abfälliger Weise. Der Wert der Kolonien ist absolut gleich Null. Der Kauf der Karolinen sei ein schlechter Kauf. Die Spanier hätten damit bei dem Ausverkauf ihrer Kolonien sehr schlechtes Geschäft gemacht. Waren die Inseln, etwas wert, dann hätten die Amerikaner sie uns nicht überlassen. Man sagt, die Zukunft Deutschlands liege auf dem Wasser. Wenn es ein törichtes Wort gesprochen worden, so sei es dieses. Die Kolonialpolitik habe und lächerlich und verächtlich gemacht vor der ganzen Welt. (Glockenschlag.)

Präsident Graf Ballerstrem: Der Abg. Liebknecht darf nicht sagen, daß die vom Bundesrat geführte Kolonialpolitik lächerlich und verächtlich sei. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Liebknecht (fortschreibend): Ich habe nur gesagt, daß die Kolonialpolitik und lächerlich macht. (Große Heiterkeit.) Unsere Kolonialpolitik ist auch mir und ihnen null! Wir verwirren die ganze Kolonialpolitik, weil sie mit dem ganzen innern Auct zusammenhängt, der weiter nichts als ein Hochpunkt ist.

Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.) wendet sich gegen die Überzeichnungen des Vorredners und teilt für die Vorlage ein. Er widerstreift der Ausschaltung des Grafen Ranitz, daß das Handelsabkommen mit Spanien diesem Lande viel mehr Vortheile bringe als uns. Wir sollten froh sein, wenn es uns jetzt gelingt, den verlorenen Absatzmarkt in Spanien zurückzugewinnen.

Abg. Schrader (frei. Vereinig.) will mit seinen Freunden für die Vorlage stimmen. Unter den positiven Werth der Inseln lasse sich schwer urtheilen; er wenigstens fühle sich nicht in der Lage, in der Weise, wie Kollege Wiener mit seiner gründlichen Kenntniß der Verhältnisse, ein positives Urtheil anzusprechen. Für ihn und seine Freunde sei entscheidend, daß es sich hier um eine grosse politische Aktion der Regierung handle, die sowohl für unsere Handelsbeziehungen, wie auch für unsere politischen Beziehungen von hohem Werth sein könnte.

Abg. Dr. Reinhard (nat.-lib.) begrüßt den Gewerbe der Karolinen mit grosser Freude, die Einfuhr spanischer Weine werde nicht schädlich wirken, wenn man das Weingesetz verschärfe. (Beifall.)

Abg. Mörske (wild.) ist von den Erklärungen vom Bundesrat sehr, daß die Preisbegünstigung Spaniens unsere künftige Tatschlichkeit nicht beeinträchtige, noch nicht ganz befriedigt; auch liegt er wegen der Wein einfache Bedenken.

Nach kurzer Einlegung des Staatssekretärs gehen. v. Nitschhofen wünscht Abg. Vieber noch Berichtigung darüber, daß auch der Zeitpunkt der Abreise auf den Karolinen zugelassen werde.

Staatssekretär v. Bülow erklärt, daß das Jesuiten-Gesetz für

die Karolinen wie überaupt für die Schutzgebiete nicht gelte. Schon 1889 sei vom Bismarckthaus aus auf eine Auffrage des Abg. von Strombeck das Gleiche erklärt worden.

Damit endet die Debatte. Der Nachtragstaat wie das Handelsabkommen werden, da kommissarische Beratung nicht beantragt ist, gleich in zweiter Lesung genehmigt.

Rumehr wird die erste Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutz der gewerblichen Arbeitsverhältnisse fortgesetzt.

Staatssekretär Graf Posadowitz hält einer Reihe geforderter Neuerungen entgegen. Das Gesetz sei in der vorliegenden Fassung von den verbündeten Regierungen einstimmig beschlossen worden. (Hört! hört!) Bei der Zusammensetzung der Deutschschaft sei ganz unparteiisch verfahren worden (Lachen und Lachen). Weder die Katholiken noch die unparteiischen Organe der Staatsbehörden gehöre worden (lautes Gelächter). Zweifellos man deren Unparteilichkeit hier an, so sei das für uns vor dem Auslande nicht gerade schmeichelhaft. Auch die Einfaß in der Deutschräte, aber die Streit, sei unbeschreibbar. Wie terroristisch die Streitenden seien, beweise ein ihm bekannte von verdeckten werther Seite zugegangenes Schreiben, wonach der Terrorismus sich sogar auf die Schule, die Kinder der nicht Streitenden, erstrecke. (Rufen: „Wo?“) Er werde dies angeben, sobald er von der sofort angebotenen Erneiterung das Ergebnis er-

Inseraten - Preis: Die kleinen Torpedozüge über dem Raum 20 Pf. (Dreiviertelmeile & Stelle 20 Pf.) — Verborgene Stelle (Reklame-Stelle) 60 Pf. Bei vorabbestellten Werbetreibungen grösserer Ausmaße entsprechender Rabatt. — Anzeigen für die Nachmittagszeitende Kosten müssen nur bis Sonntag 10 Uhr angenommen werden.

Geschäftliche Anzeiger-Inserate haben für billigsten Preis zugleich Verbreitung durch die täglich erscheinende Chemnitzer Eisenbahn-Zeitung.

Jahre. Die schwarzen Listen der Unternehmer vertheideln auch er; aber ebenso wie diese Listen treffe auch der Vorhoff Unschuldige. Streit wird sehr oft nicht berechtigter Weise angefangen, sondern durch den Doppeldeutig sehr weniger Personen erzwungen (Gelächter); doch dabei, die persönliche Freiheit des einzelnen Arbeiters zu in sich kommt, die hielt die Sozialdemokraten für ihr Recht. Man verweise so oft auf England als Musterland, aber gerade da seien viele Vorzüglichkeiten, die mit dem Streitpostensteuer in Verbindung stehen, unter Strafe gestellt.

Abg. Mörske (Dessau (wild-lib.)): Die Mitteilung von der einstimmigen Annahme des Entwurfs im Bundesrat hat mich gewundert, denn früher hatte man angenommen, daß wenigstens einige der verbündeten Regierungen für das Gefühl des Volkes etwas mehr Berechtigung haben. (Sehr richtig! Läuft.) Der Redner sieht im Aussage der freiliegenden Vereinigung der Vorlage ab und sagt: Die Vorlage ist nicht nur ein Schlag gegen die Kolonie, sondern ein Schlag gegen den Reichstag, der die Erfüllung des Versprechens des Reichstags erwartet. Der Kaiser sage seiner Zeit nur, daß Derjenige bestimmt werden solle, der Arbeitswillige an der Arbeit hindert.

Präsident Graf Ballerstrem bittet, die betreffende Rede des Kaiser nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Mörske: Die Rede stand im „Reichs-Anzeiger“, nachdem die Rückstellung des Vorlautes durch das „Wolfsburg-Bureau“ erfolgt war. Auch die Deichhausener Rede stand im „Reichs-Anzeiger“.

Präsident Graf Ballerstrem: Damit ist es etwas anderes!

Abg. Mörske (schließend): Dem Gesetz ist die Arbeitseinheitlichkeit an die Stelle geschrieben.

Handelsminister Breitfeld betont, daß der Vorredner die Person des Kaisers in die Debatte gezogen und damit dem Drang entgegengestellt habe, der in der ganzen gesetzten Welt geahnt wurde. Die Grundidee der ganzen Vorlage sei eine vollständige Gleichberechtigung der Arbeit, eben und der Arbeiter. Sie sei auch konsequent durchgeführt. (Große Ueberhebung.)

Präsident Graf Ballerstrem: Herr Minister Breitfeld sieht bei Virginia keinerlei für angemessen, eine Anerkennung eines Abgeordneten, die ich bereits religiös, vorwuls zu verhängen. Das ist ein Verfahren, welches bis jetzt bei den hochverehrten Mitgliedern des Bundesrates nicht üblich war und das ich auf's Schädelste bedaure, weil es mir gezeigt ist, daß die Stellung des Präsidenten dieses Hauses herabzunimmt zu erschüttern!

Minister Breitfeld: Es war selbstverständlich nicht meine Absicht, die Stellung des Präsidenten dem Hause gegenüber herabzunimmen, ich habe nur gesagt, mein Gedanke ausdrücken zu dürfen.

Präsident Graf Ballerstrem: Ich kann nur dabei bleiben, was ich sage!

Abg. Haushmann (Südb. Pol. lib.) geht auf die letzten Neuheiten des Ministers Breitfeld ein. Das Haus lasse sich nicht von einem Mitgliede des Bundesrates bestimmen, was für Formen es einzuhalten solle.

Präsident Graf Ballerstrem: Ich hoffe es wie bei einem Mitgliede des Bundesrates, so auch bei einem Abgeordneten für unangemessen, auf bereits vom Präsidenten religiös verhängte Neuerungen noch einzuhängen!

Abg. Haushmann wendet sich in seiner Rede gegen das Gesetz. Es sei keine Kommissionsberatung wert.

Abg. Gzarlini (Pole) erklärt, seine Partei stimme gegen das Gesetz und gegen die Kommissionsberatung. — Hierauf verlässt sich das Haus auf morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Vertragungsvorlage; Fortsetzung der heutigen Beratung; dritte Sitzung des Nachtragstaats u. s. w.

Schluss: 5½ Uhr.

Politische Rundschau.

Chemnitz, 22. Juni 1899.

Deutsches Reich.

Der Kaiser wird an Bord der Yacht „Hohenzollern“ in den nächsten Tagen in Kiel eintrafen, um den Regatten der Kieler Woche beizuwollen. Am Anfang hieran begiebt sich der Monarch nach Eckernförde und wird am 3. Juli einer bei Wismar stattfindenden Promenade beiwohnen. Am gleichen Tage wird der Kaiser von Eckernförde aus eine mehrwöchige Reise nach Norwegen antreten.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Lüderich hat sich am Mittwoch in Begleitung des Kapitäns zur See füllt und des Kapitäns-Luitzians Scherf nach Kiel begeben und trifft am 23. d. M. wieder in Berlin ein, um am 24. den König Albert von Sachsen zum Stoppelauf des Lloyd dampfers „König Albert“ nach Stettin zu begleiten. Nach beendeter Stoppelauf begiebt sich der Staatssekretär nach Kiel zurück. — Die ultramontane „König. Volks-Ztg.“ schreibt in exaltiertem Tone über das Scheitern der Gemeindewahlreform, die Verantwortung für das Scheitern treffe zunächst die Regierung, die Vorlage so spät einbrachte, daß sie mit der Kauvalvorlage verweilt erschien. Diesen Thatbestand durch seine Centrum durch seine terroristischen Versicherungen verdunkeln lassen, müsse vielmehr resultieren. Konsequenzen daraus ziehen. Das Centrum müsse darnach trachten, die Erledigung der Kauvalvorlage auf die nächste Session zu verlegen. Innerhalb des Centrums sei die sachliche Gegnerschaft gegen den Mittelstaatstaat erheblich stärker, als nach einzelnen Provinzabstimmungen erschien, jedenfalls scheide für die Schwäbischen heute jede Rückfluchtnahme auf die Regierung aus, da man diese nur als Schwäche deuten müsse.

Das Reichs-Postamt gibt über die Postfreiheit der in verschlossenen Umschlägen an Soldaten gerichteten Drucksachen bekannt: Das Reichsgericht hat entschieden, daß Drucksachen in verschlossenen Umschlägen unter der Aufschrift „Soldatenbrief“. Eigene Angabezeit ist